

PROTOKOLL

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 19. Dezember 2002
um 19:00 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Anthering, 2. Stock.

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeister Ing. Alois Ehrenreich Vizebürgermeister Dr. Hans Draxl
<u>Gemeinderäte:</u>	Franz Gschaider, Christoph Canaval, Georg Auer, Roman Schörghofer
<u>Mitglieder:</u>	Harald Haberl, Margit Haider, Rosemarie Schiefer Franz Weigl, Kurt Hofer, Hermann Frauenlob, Josef Pichler, Johann Kaschnitz, Johann Dürnberger, Gerhard Lebesmühlbacher, Herbert Stadler, Heimo Leypold
<u>Entschuldigt:</u>	GR. Harald Humer
<u>Schriftführer:</u>	Ing. Johann Mühlbacher

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde der Gemeindebürger
2. Finanzbericht Fa. GFB und Partner
3. Genehmigung des Protokolls vom 24.10.2002
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Festlegung der Höhe der Gemeindeabgaben,
Gebühren und Steuern für das Jahr 2003
6. Jahresvoranschlag für das Jahr 2003
7. Mittelfristiger Finanzplan für das Jahr 2003
8. Darlehensaufnahme Ausgliederung aus dem Girokonto
9. Abfallabnahmevertrag mit der SAB
10. Johann und Brigitta Stadler, Acharting 2; Einzelbewilligung gem. § 24/3 ROG.
zur Errichtung eines Gastgartens mit Schank und Salettl beim Raggei-Bräu
11. Berichte aus den Ausschüssen
12. Allfälliges

Sitzungsverlauf – öffentlicher Sitzungsteil:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Tagesordnung mit der Einladung zugegangen ist.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob diese Tagesordnung genehmigt wird, erfolgt folgende Wortmeldung:

GR. Canaval spricht sich dafür aus, dass der Tagesordnungspunkt „Fragestunde der Gemeindebürger“ so wie üblich als Tagesordnungspunkt 1) und der „Finanzbericht Firma GFB&Partner“ als Tagesordnungspunkt 2) behandelt wird.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung erteilen hiezu ihre Zustimmung.
Der Bürgermeister geht daher in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1.)

Zum Tagesordnungspunkt „Fragestunde der Gemeindebürger“ erfolgen keine Anfragen.

Zu Punkt 2.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Bürgermeister Herrn Jan von der Fa. GFB&Partner und ersucht diesen um seinen Finanzbericht.

Herr Jan erläutert den vorliegenden schriftlichen Finanzbericht für die Gemeinde Anthering für den Zeitraum Jänner 2002 bis September 2002, welcher in Kopie an die Fraktionen in der Gemeindevertretung zugesandt wurde. Er stellt fest, dass derzeit am Finanzmarkt eine sehr turbulente Zeit herrscht. In der Gemeinde Anthering ist insgesamt eine eher konservative und nicht sehr risikoreiche Finanzierung mit einem Anteil von 3% in Fremdwährung gegeben. Anhand der Graphik (siehe Protokollbeilage) erläutert er die Zinsentwicklung der SMR bzw. des erwirtschafteten Zinsvorteils durch die Fa. GFB&Partner. Derzeit besteht ein schlechtes Wirtschaftswachstum, weshalb die Zinsen bisher mehrmals gesenkt werden mussten. Insgesamt wurde bisher in den Jahren 2000, 2001 sowie für die ersten 3 Quartale des Jahres 2002 ein Zinsvorteil (abzüglich Devisennachteil) in der Höhe von ca. € 73.600,-- durch die Fa. GFB&Partner erreicht.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Auer stellt für die ÖVP-Fraktion fest, dass die erzielten Einsparungen für die Gemeinde als sehr positiv zu sehen sind.

GV. Leypold stellt auch für die SPÖ Fraktion fest, dass die Tätigkeit der Fa. GFB&Partner als sehr positiv zu bewerten ist und die Beauftragung des Unternehmens richtig war.

GR. Canaval stellt fest, dass die finanziellen Belange und das Zinsenmanagement von Mitarbeitern der Gemeinde selbst gemacht werden sollte und übergibt dem Bürgermeister einen schriftlichen Antrag, wonach die Gemeindevertretung beschließen möge, dass der Herr Bürgermeister aufgefordert wird, mit der GFB&Partner in Verhandlungen einzutreten, um die baldige Auflösung des Vertrages zu erreichen.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass über den schriftlich eingebrachten Antrag bei der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung abzustimmen ist.

GR. Canaval möchte, dass über seinen Antrag gleich abgestimmt wird.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass die Angelegenheit entsprechend aufbereitet und bei der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zur Abstimmung vorgelegt wird.

Die Abstimmung ergibt, dass sich die Mitglieder der Gemeindevertretung mehrheitlich (bei Gegenstimme der Mandatare der „Liste für sparsame Verwaltung“) für die Behandlung des Antrages des GR. Canaval bei der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung aussprechen.

Der erläuterte Finanzbericht der Fa. GFB&Partner wird von den Mitgliedern der Gemeindevertretung zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8.)

Der Tagesordnungspunkt 8. wird aufgrund der Anwesenheit des Herrn Jan von der Fa. GFB &Partner vorgezogen.

Der Bürgermeister berichtet einführend, dass vom Gemeindereferat des Amtes der Salzburger Landesregierung angeregt wurde, eine Ausgliederung des Kassenkredites aus dem Girokonto durch eine Darlehensaufnahme vorzunehmen. Bezüglich der notwendigen Ausschreibungen ersucht er Herrn Jan um seinen Bericht.

Herr Jan stellt fest, dass nach Auskunft des Gemeindereferates (Schreiben vom 10.12.2002) für die aufzunehmende Darlehenshöhe jedenfalls ein offenes Verfahren durchzuführen ist. Dieses offene Verfahren ist EU-weit auszuschreiben. Zur vollständigen Abwicklung ist ein Zeitraum von ca. 70 bis max. 100 Tagen kalkuliert. Um eine rasche Ausgliederung aus dem Girokonto durchführen zu können, wird einer kurzfristigen Ausgliederung beim derzeitigen Kreditinstitut Raiffeisenbank Anthering zugestimmt. Es soll daher eine Ausgliederung des Kassenkredites aus dem Girokonto für die Dauer von 3 bis 4 Monaten bei der Raika Anthering beschlossen werden.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Canaval teilt mit, dass er zum Tagesordnungspunkt keine Unterlagen zugesandt erhalten hat.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass schriftliche Unterlagen nicht ausgesandt wurden, da Herr Jan bei der heutigen Sitzung zur Berichterstattung anwesend ist.

GR. Canaval ist der Meinung, dass eine Darlehensaufnahme nur für einen bestimmten Zweck erfolgen kann.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass von der Abteilung 11 der Ausgliederung des Kassenkredites aus dem Girokonto für die Errichtung der Jugendfreizeitanlage bzw. Sanierung des Sportheimes nunmehr zugestimmt wird, was früher nicht möglich war.

GV. Lebesmühlbacher stellt die Frage, bei welchem Bankinstitut das Darlehen aufgenommen werden soll.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass eine kurzfristige Ausgliederung bei der Raiffeisenbank Anthering durchgeführt werden soll und die notwendige EU-weite Ausschreibung sofort durchgeführt werden soll. Anschließend soll die endgültige Ausgliederung beschlossen werden.

GR. Canaval stellt fest, dass er immer schon für eine Darlehensaufnahme für die Ausgliederung des Girokontos war. Er stellt die Frage, welche Vorhaben nicht ausfinanziert sind.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die Ausgliederung des Kassenkredites schon früher gemacht worden wäre, wenn die Abteilung 11 dem zugestimmt hätte. Der Kassenkredit besteht aus mehreren nicht ausfinanzierten ausserordentlichen Vorhaben.

Vizebgm.Dr. Draxl stellt fest, dass von GR. Canaval der Anschein erweckt wird, die Gemeinde hätte nicht entsprechend gehandelt. Er stellt fest, dass die Gemeindeaufsicht jederzeit in die entsprechenden Entscheidungen eingebunden war. Von der Abteilung 11 wurde aufgrund des in Anspruch genommenen Kassenkredites die Möglichkeit der Erhöhung diverser Benützungsgebühren angeregt, was jedoch von der Gemeinde Anthering nicht beschlossen wurde.

GV. Lebesmühlbacher stellt für die SPÖ-Fraktion fest, dass der Ausgliederung des Kassenkredites zugestimmt wird.

GR. Auer spricht sich ebenfalls für die Ausgliederung des Kassenkredites aus.

GR. Canaval stellt fest, dass die Darlehensausschreibung und Angebotsbewertung von Bediensteten der Gemeinde Anthering selbst gemacht werden sollen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, der Ausgliederung des Kassenkredites aus dem Girokonto zuzustimmen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme der Mandatare der „Liste für sparsame Verwaltung“, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Ausgliederung des Kassenkredites aus dem Girokonto bei der Raiffeisenbank Anthering für die Dauer von ca. 3 bis 4 Monaten beschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll nach Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung das Ergebnis für eine endgültige Darlehensaufnahme vorliegen.“

Zu Punkt 3.)

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob das Protokoll vom 24. Oktober 2002 verlesen werden soll, wird von den Fraktionen festgestellt, dass dies nicht notwendig ist, weil Gleichschriften an die Mitglieder der Gemeindevertretung rechtzeitig zugestellt wurden.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob Berichtigungen vorzunehmen sind, erfolgen folgende Wortmeldungen:

GR. Gschaider ersucht, seine Wortmeldung zu Punkt 5 auf Seite 8 des Protokolles nach der Wortmeldung des Bürgermeisters wie folgt einzufügen:

Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters ist mit der Vergabe der Winterdienstarbeiten eine Menge Geld einzusparen, daher plädiere ich für die Vergabe an den Maschinenring Flachgau, denn das ist auch „sparsame Verwaltung“.

GR. Hofer ersucht weiters, nach der Wortmeldung des GR. Canaval (oben) auf Seite 5 des Protokolles, folgende Wortmeldung einzufügen:

Ich weise den Vorwurf von GR. Canaval zurück, in unserer letzten SPÖ-Ortspost Wahlwerbung betrieben zu haben! Vor zwei Jahren wurde mein Ansuchen, für den Ortsteil Würzenberg Sicherheitstafeln „Achtung Kinder“ aufzustellen, abgelehnt! Damalige Begründung: Schilderwald!

Durch meine Eigeninitiative, Gespräche mit den Grundbesitzern, Kauf des nötigen Materials aus eigener Tasche (ca. ATS 2.500,--) und alles selber montiert und aufgestellt, kam es doch noch zustande, die Sicherheitstafeln „Achtung Kinder“ aufzustellen. Das wäre meines Erachtens Wahlwerbung gewesen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung sprechen sich dafür aus, dass die zusätzlichen Wortmeldungen in das Protokoll aufgenommen werden.

Der Bürgermeister stellt daher fest, dass das Protokoll vom 24. Oktober 2002 unter Berücksichtigung der zusätzlichen Wortmeldungen als genehmigt gilt.

Ein entsprechendes Ergänzungsblatt wird durch das Gemeindeamt zugesandt.

Zu Punkt 4.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an den Vizebürgermeister.

Der Vizebürgermeister übernimmt den Vorsitz und ersucht den Bürgermeister um seinen Bericht.

Der Bürgermeister berichtet:

- a) über die Anregungen zum Ablauf der Gemeindevertretungssitzungen und diesbezüglicher Änderungsanregungen aus Sicht eines Besuchers (Fragestunde, Getränke für Zuhörer, Sitzungspause, Informationen für die Zuhörer).
- b) über die Ergebnispräsentation des Regionalverbandes Salzburg zum Thema „Standortpotentiale für überregionale Betriebsstandorte im gemeinsamen Wirtschaftsraum in Salzburg und Bayern“ am 30. Oktober 2002 in Bergheim.
- c) über die Informationsveranstaltung zur Rutschung Fürwag der Wildbach- und Lawinenverbauung am 28. Oktober 2002 und die dabei behandelten Tagesordnungspunkte.
- d) über die Vorstandssitzung des Abfallverbandes Großraum Salzburg am 28. Oktober 2002 und die dabei behandelten Tagesordnungspunkte.
- e) über den Salzburger Gemeindetag 2002, welcher am 6. November 2002 in der Stadtgemeinde Saalfelden stattgefunden hat.
- f) über die Sitzung des Regionalverbandes Salzburg Nord am 6. November 2002 in der Stadtgemeinde Oberndorf und die dabei behandelten Tagesordnungspunkte, im besonderen die Präsentation der geplanten Trassenverlegung der Lokalbahn aufgrund der Hangrutschung Haunsberg.
- g) über das vorliegende Protokoll der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Salzburg, vom 22. Oktober 2002 und die dabei behandelten Tagesordnungspunkte. Das Protokoll liegt im Gemeindeamt zur Einsichtnahme auf.

- h) über den vorliegenden Abschlussbericht der wasserwirtschaftlichen Rahmenuntersuchung Salzach, welcher der Gemeinde übersandt wurde.
- i) über die Mitteilung des Landeshauptmannes Dr. Schausberger bezüglich veranstaltungs- und politikfreier Wochenenden im Jahr 2003. Eine Kopie des Schreibens erging an alle Fraktionen.
- j) über das Protokoll der 12. Ratssitzung vom 22. Oktober 2002 der EUREGIO, welches im Gemeindeamt zur Einsicht aufliegt.
- k) über die Einladung des Landeshauptmannes Dr. Schausberger bezüglich Übertragung des Silvesterkonzertes des Mozarteum-Orchesters am Neujahrstag als „Klangwolke“. Diese wird am Neujahrstag um 17:00 Uhr im Bereich des Dorfplatzes Anthering ebenfalls ausgestrahlt.
- l) über das Ergebnis der Erhebung zur Einrichtung einer Straßenbeleuchtung in der Oberfeldstraße. Hierzu wird berichtet, dass bisher 7 Stimmen mit ja, 9 Stimmen mit nein und eine Stimme neutral abgegeben wurden. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die Straßenbeleuchtung in der Oberfeldstraße nicht eingerichtet wird.
- m) über ein Informationsschreiben der alterserweiterten Kindergruppe in Anthering, wonach auf Grund der Ferienbedarfserhebungen festgestellt wird, dass während der Semesterferien die Gruppe geöffnet ist, während der Weihnachts- und Osterferien diese gänzlich geschlossen ist. Bezüglich der Sommerferienregelung wurde mitgeteilt, dass im Juli ganz normaler Betrieb ist und die Gruppe im August geschlossen ist.
- n) über ein Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung bezüglich Aufstellung von Plakatständern zu Werbezwecken auf Landesstraßengrund. Das diesbezügliche Schreiben wird vollinhaltlich verlesen und ergeht in Kopie an die Obmänner der örtlichen Vereine sowie an die politischen Parteien.
- o) über das vorliegende Protokoll der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Salzburg vom 6. Dezember 2002 und die dabei behandelten Tagesordnungspunkte. Das Protokoll liegt im Gemeindeamt zur Einsichtnahme auf.
- p) über die Katastrophenfondsitzung am 10. Dezember 2002 und die Vergabe von Beihilfen für die Behebung von Katastrophenschäden in Anthering.
- q) über die eingegangenen Weihnachtswünsche der Wassergenossenschaft Anthering an die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie an die Bediensteten der Gemeinde.
- r) weiters über Weihnachtswünsche der Leiterin der Volksschule Anthering an die Gemeindevertretung, sowie der Einladung zur Büchereieröffnung am 24. Jänner 2003, wozu noch offizielle Einladungen ausgesandt werden.
- s) über ein Informationsschreiben der Schule für Dorf- und Stadterneuerung bezüglich Verschiebung der 6. Landeskongress auf 7. März 2003.
- t) über die eingebrachte Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister der Gemeinde Anthering beim Amt der Salzburger Landesregierung durch GR. Christoph Canaval vom 3. Dezember 2002, welche vollinhaltlich verlesen wird. Die Aufsichtsbeschwerde wurde dem Bürgermeister zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GV. Lebesmühlbacher ist bezüglich Einrichtung einer Straßenbeleuchtung in der Oberfeldstraße der Meinung, dass vorerst die generelle Straßenbreite diskutiert und entschieden werden sollte und eventuell nach einer allfälligen Verbreiterung derselben über die Einrichtung der Beleuchtung entschieden werden soll.

GR. Auer erkundigt sich nach dem genauen Verlauf der geplanten neuen Lokalbahntrasse im Bereich Acharting.

Der Bürgermeister stellt bezüglich der Oberfeldstraße fest, dass bezüglich Errichtung eines Gehsteiges bisher kein Antrag vorliegt und daher auch die Errichtung einer Straßenbeleuchtung vorerst nicht weiter betrieben wird.

Bezüglich Verlegung der Lokalbahn in die Antheringer Au besteht die Absicht, die Lokalbahntrasse ca. 100 m Richtung Salzach zu verlegen.

GR. Schörghofer stellt fest, dass bei den bisherigen Planungen bezüglich der neuen Lokalbahntrasse die Grundeigentümer nicht eingebunden wurden.

GV. Leypold stellt fest, dass die Informationen bezüglich der Werbeständer entlang von Landesstraßen nicht klar sind. Weiters ersucht er um Auskunft, warum Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister beim Land eingebracht wurde.

Der Bürgermeister verweist bezüglich der Werbungen auf A-Ständern neuerlich auf das Schreiben der Landesregierung und ersucht diesbezüglich um vorsichtige Handhabung.

Bezüglich der Aufsichtsbeschwerde stellt er fest, dass es grundsätzlich um die Einsichtnahme in diverse Unterlagen zur SAB geht.

GV. Weigl stellt zu den Informationen bezüglich der A-Ständer fest, dass diese innerhalb der Ortsgebiete entlang der Landesstraße weiterhin aufgestellt werden können.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Vizebürgermeister übergibt den Vorsitz daher wieder an den Bürgermeister.

Zu Pkt. 5.)

Der Bürgermeister stellt einführend fest, dass der Preis pro m² Bauland beim Baulandmodell Horneggergründe von bisher S 1.900,-- (€ 138,08) auf nunmehr € 142,00 (S 1.954,--) laut VPI. angehoben werden soll.

Weiters stellt der Bürgermeister einführend fest, dass die für das Jahr 2003 vorgesehenen Gemeindeabgaben bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes beraten wurden.

Kassenleiter Pirner berichtet mittels Power-Point Präsentation über die vorgesehenen Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern für das Jahr 2003. Die Anschlussgebühren für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie die Benützungsgebühren für die Ortskanalisation werden laut den Mindestsätzen der Landesregierung angepasst. Weitere Erhöhungen über den Mindestsätzen werden nicht durchgeführt. Bezüglich der Müllbeseitigungsgebühren berichtet er, dass die Entsorgungskosten bei der SAB gleich bleiben. Auf Grund der steigenden Transportkosten und des Müllaufkommens jedoch eine Erhöhung von 2 % vorgesehen ist. Die Eintrittsgebühren für das gemeindeeigene Freischwimmbad bleiben gleich. Die Kindergartengebühren werden um ca. 1,6 % gem. Verbraucherpreisindex angehoben.

Weiters bringt er die genaue Berechnung des Baulandpreises beim Baulandmodell Horneggergründe zur Kenntnis.

(Die einzelnen Beträge des Haushaltsbeschlusses siehe Beilage zum Protokoll).

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Auer stellt fest, dass die Grundlagen für die Festlegung der Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern sehr gut aufbereitet wurden. Es sind nur geringe Kostensteigerungen zu verzeichnen, die Festlegung der Anschluss- und Benützungsgebühren laut Mindestsätzen der Landesregierung findet er sehr gut. Die ÖVP-Fraktion erteilt er dem vorliegenden Entwurf die Zustimmung.

GV. Lebesmühlbacher stellt die Frage hinsichtlich der Änderung des Müllaufkommens in der Gemeinde Anthering.

Kassenleiter Pirner erläutert anschließend die Berechnung der Müllabfuhrgebühren anhand der bestehenden Müllabfuhrgefäße in der Gemeinde Anthering.

GV. Lebesmühlbacher bedankt sich anschließend ebenfalls für die gute Aufbereitung der Grundlagen und spricht seitens der SPÖ-Fraktion ebenfalls die Zustimmung aus.

GV. Auer stellt die Frage nach den Kosten der durchgeführten Sperrmüllsammelaktion im Jahr 2002 bzw. ob diese im Jahr 2003 wieder durchgeführt wird.

Kassenleiter Pirner berichtet anschließend, dass insgesamt 51 to. Sperrmüll abgeführt wurden und Kosten in der Höhe von ca. € 13.000,-- entstanden sind.

GV. Frauenlob spricht sich dafür aus, dass bezüglich der Sperrmüllsammelaktion im Jahr 2003 entsprechende Beratungen im Umweltausschuss erfolgen sollen.

GR. Canaval stellt fest, dass bei der Müllbeseitigung immer ein Überschuss gegeben war. Er stimmt daher dem vorliegenden Entwurf nicht zu und spricht sich dafür aus, dass die Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern in der Höhe gleich belassen werden sollen (wie im Jahr 2002).

Kassenleiter Pirner stellt zum Überschuss bei der Müllbeseitigung fest, dass es sich im Zuge der Erstellung der Jahresvoranschläge jeweils um eine Schätzung handelt und diese möglichst genau durchgeführt wird. Jedenfalls muss die Müllbeseitigung kostendeckend erfolgen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Höhe der Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern für das Jahr 2003 laut dem vorliegenden Entwurf zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme der Mandatäre der „Liste für sparsame Verwaltung“, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der vorliegende Entwurf über die Festlegung der Höhe der Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern für das Jahr 2003 beschlossen.“

Zu Pkt. 6.)

Der Bürgermeister stellt einführend fest, dass der Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2003 den Fraktionen zugesandt wurde und die öffentliche Kundmachung über die Auflage des Entwurfes an der Gemeindeamtstafel entsprechend der Gemeindeordnung erfolgte.

Kassenleiter Pirner berichtet mittels Power-Point Präsentation über den vorliegenden Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2003. Im Zuge dieses Berichtes werden auch die finanziellen Entwicklungen der Gemeinde laut mittelfristigem Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007 zur Kenntnis gebracht. Im ordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 3.896.800,00 vorgesehen. Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 678.700,00 vorgesehen.

(die einzelnen Teilbeträge der Untergruppen siehe Beilage).

Anschließend erläutert er die einzelnen Grafiken über die Haupteinnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes, mit Trendentwicklung während der Jahre 1995 bis 2003, die Einnahmen und Ausgaben im Bereich des Kindergartens, die Entwicklung der Darlehen, die geplanten Subventionen, sowie den Personalaufwand. Weiters wird die Entwicklung des ordentlichen, sowie des außerordentlichen Haushaltes der Jahre 1995 bis 2007 dargestellt und die freie Budgetspitze für die Jahre 2003 bis 2007 zur Kenntnis gebracht.

Der Bürgermeister stellt fest, dass in den letzten Jahren große Investitionen getätigt wurden und daher in den kommenden Jahren im Verhältnis deutlich weniger außerordentliche Vorhaben im mittelfristigen Finanzplan vorgesehen sind.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Auer bedankt sich für die ausgezeichnete Aufbereitung des Jahresvoranschlages, sowie des mittelfristigen Finanzplanes und teilt mit, dass die ÖVP-Fraktion dem Jahresvoranschlag und dem mittelfristigen Finanzplan die Zustimmung erteilt.

GV. Lebesmühlbacher stellt für die SPÖ-Fraktion ebenfalls die Zustimmung fest und ersucht um Erläuterung der vorgesehenen Budgetposten für die Errichtung des Gehsteiges in der Bahnhofstraße sowie für das Freischwimmbad.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass für die Errichtung des Gehsteiges der Bahnhofstraße die ersten Baumaßnahmen vorgesehen sind und auf Grund diverser Abtretungsverpflichtungen aus Bauplatzerklärungen relativ geringe Grundablösekosten zu erwarten sind.

Im Bereich des Freischwimmbades wurde ein Sicherheitsbetrag zur Durchführung diverser Reparaturen aufgenommen.

GV. Leypold stellt die Frage, ob zur Tilgung des endfälligen Kredites im Jahresvoranschlag vorgesorgt wurde.

Kassenleiter Pirner stellt dazu fest, dass im mittelfristigen Finanzplan ab dem Jahre 2004 die Bildung einer Rücklage zur Tilgung des endfälligen Kredites vorgesehen wurde.

GR. Canaval stellt fest, dass er dem Jahresvoranschlag für das Jahr 2003 nur dann zustimmen würde, wenn das Vertragsverhältnis mit der Firma GFB&Partner aufgelöst, die Konsensmenge beim Wasserverband Salzburger Becken gesenkt, das Girokonto ausgeglichen und eine detaillierte Aussage über die Firmenanbindung der Gemeinde Anthering bei den Entsorgungsbetrieben in Siggerwiesen (Reinhalteverband bzw. SAB) vorliegen würde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Abwicklung aller Finanzangelegenheiten der Gemeinde ohne Beiziehung von Finanzfachleuten nicht zu verantworten wäre. Bezüglich Kostensenkung bzw. Senkung der Mitgliedschaft beim Wasserverband Salzburger Becken (WSB) stellt er fest, dass im Jahr 2002 durch die teilweise Beeinträchtigung der Wasservorkommen in der Gemeinde Anthering eine Notversorgung aus der Anlage des Wasserverbandes nur unter Auferlegung einer eingeschränkten Nutzung des Wassers aus dem Netz der Wassergenossenschaft Anthering abgewendet werden konnte. Seinerseits wird es jedenfalls keine Zustimmung zu einer Senkung der Konsensmenge beim WSB geben. Hinsichtlich der Akteneinsichtnahme betreffend die SAB stellt er fest, dass diese im Rahmen der Bestimmungen gewährt wurde.

GV. Lebesmühlbacher versteht die Aussagen des GR. Canaval nicht, wonach das Vertragsverhältnis mit der Firma GFB&Partner gekündigt werden soll, wo doch ein Betrag von ca. € 73.600,00 für die Gemeinde eingespart werden konnte.

GR. Auer ist bezüglich einer eventuellen Senkung der Konsensmenge beim WSB ebenfalls der Meinung, dass auf Grund der Vorfälle im Jahr 2002 vorsichtig gehandelt werden muss.

GR. Canaval stellt dazu fest, dass im Sommer 2002 kein Gebrauch von der Wasserversorgung aus der Leitung des WSB gemacht wurde. Das größte Problem lag in der Verkeimung der Leitungen und nicht im Wasservorkommen der WG. Anthering.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass die Argumentation der Liste für sparsame Verwaltung nicht sparsam sondern verschwenderisch ist. So wird meist mit Gegenstimme abgestimmt und laufend schriftliche Anträge eingebracht. Es wäre seiner Ansicht nach fahrlässig, die Bediensteten mit der Beauftragung von Finanzierungsausschreibungen zu betrauen, da viele gesetzliche Bestimmungen und Vorgaben einzuhalten sind und schließlich das Ergebnis bindend für die Gemeinde ist. Er stellt abschließend fest, dass durch das bisherige Handeln sparsam gewirtschaftet wurde.

GR. Canaval verteidigt seine eingebrachten Anträge und stellt abermals fest, dass er zu wenig Informationen über die Firmenkonstruktion RHV bzw. SAB erhalten hat.

Der Bürgermeister stellt fest, dass über die eingebrachte Aufsichtsbeschwerde bei der Abteilung 11 entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung zu entscheiden sein wird, stellt hierzu jedoch fest, dass er seiner Ansicht nach die entsprechenden Unterlagen im Rahmen der Akteneinsicht zur Verfügung gestellt hat.

GR. Auer verweist auf die zu tragende Verantwortung für die Gemeinde Anthering und bekräftigt nochmals die Zustimmung zum vorliegenden Jahresvoranschlag. Die Gegenstimme des GR. Canaval muss zur Kenntnis genommen werden.

GV. Hofer stellt fest, dass die Auflösung des Vertrages mit der Firma GFB&Partner bereits einmal Thema in der Gemeindevertretung war und ist ebenfalls der Meinung, dass die Finanzangelegenheiten nicht von den Bediensteten der Gemeinde selbständig gemacht werden können.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, den vorliegenden Entwurf des Jahresvoranschlages für das Jahr 2003 zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme des GR. Canaval sowie der GV. Schiefer, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der vorliegende Jahresvoranschlag für das Rechnungs- und Wirtschaftsjahr 2003 in der vorliegenden Form beschlossen.“

Zu Pkt. 7.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Bericht zum mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007 im Zuge der Vorstellung des Jahresvoranschlages für das Jahr 2003 durch den Kassenleiter bereits erfolgte.

Der Entwurf des mittelfristigen Finanzplanes erging in Kopie an die Fraktionen der Gemeindevertretung. Weiters erfolgte bereits eine Vorberatung in der Gemeindevorstandssitzung.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Gschaider stellt fest, dass trotz der vielen durchgeführten Investitionen doch eine relativ hohe freien Budgetspitze gegeben ist.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, den vorliegenden Entwurf des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2003 bis 2007 zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme des GR. Canaval sowie der GV. Schiefer, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der vorliegende mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007 in der vorliegenden Form beschlossen.“

Der Tagesordnungspunkt 8) wurde vorgezogen.

Zu Pkt. 9.)

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 9) verlässt GV. Stadler wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Bürgermeister Herrn Dr. Bernhard Schneckenleithner von der Abteilung 16 des Amtes der Salzburger Landesregierung.

Dr. Schneckenleithner berichtet, dass ab dem Jahr 2004 die Deponieverordnung wirksam wird und damit eine thermische Behandlung des Abfalles notwendig wird. Es gab bereits mehrere Vorbesprechungen und Verhandlungen im Abfallverband, wobei es letztendlich um die Kündigung der Verträge mit der Salzburger Abfallbeseitigung (SAB) geht. Seitens der SAB erfolgte eine Ausschreibung der thermischen Verwertung, es wurden angemessene Preise festgestellt. Für die Gemeinden wurde eine relativ kurze Frist für die Entscheidung bezüglich Kündigung der Abnahmeverträge mit der SAB gesetzt.

Er stellt fest, dass zwölf Gemeinden Eigentümer des RHV und der Anlagen in Siggerwiesen sind. Eine derart große Anlage mit einer Fläche von ca. 80 ha könnte heutzutage sicherlich nicht mehr errichtet werden. Mit der SAB waren immer lange Verträge (15 Jahre) gegeben, der Vertrag war ursprünglich auf unbegrenzte Dauer abgeschlossen, mit einer ersten Kündigungsmöglichkeit nach 15 Jahren. Erstmals wäre zum Ende des Jahres 2004 eine Kündigung

möglich, mit Wirkung im Jahr 2007. Durch die SAB erfolgte eine EU-weite Ausschreibung der Verwertung der thermischen Fraktionen, was sicherlich für die einzelnen Gemeinden sehr schwierig möglich wäre. In der SAB können die Gemeinden sehr wohl durch die entsandten Vertreter mitreden, solche Gemeindeverbände werden von der Wirtschaft jedoch eher ablehnend gesehen. Aus Sicht der Wirtschaft soll alles in private Hände kommen, wodurch jedoch den Gemeinden ein Mitspracherecht nicht mehr zustehen würde. Aus der Sicht des Landes Salzburg soll der Standort Siggerwiesen weiterhin gesichert sein, da man der Meinung ist, dass die Entsorgung vom Land Salzburg selbst sichergestellt werden soll, damit keine Abhängigkeit von anderen Ländern bzw. Firmen entsteht. Hinsichtlich der Kosten wird noch eine genaue Prüfung erfolgen müssen.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die Kosten von einem unabhängigen Büro geprüft werden.

Er teilt weiters mit, dass zur gegebenen Thematik ein Vorgespräch innerhalb der Fraktionen geführt wurde, wonach aus Sicht der ÖVP-, SPÖ- sowie der FPÖ-Fraktion eine Resolution an die Mitglieder der Salzburger Landesregierung und an die Gemeinden des Abfallverbandes Großraum Salzburg mit folgendem Wortlaut beschlossen werden soll:

***Resolution der Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering
an die Mitglieder der Salzburger Landesregierung
und an die Gemeinden des Abfallverbandes Großraum Salzburg
beschlossen in der Sitzung der Gemeindevertretung am
Donnerstag, den 19.12.2002***

Die Salzburger Landesregierung und die Mitgliedsgemeinden des Abfallverbandes Großraum Salzburg werden von der Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering ersucht, bezüglich des Mülls mit einem Gewicht von ca. 240.000 Tonnen, der aus der Urstein-Au in Puch im Zusammenhang mit dort auszuführenden Baumaßnahmen abtransportiert werden soll, dafür zu sorgen, dass dieser nicht in die Anlage der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH (SAB) in Siggerwiesen verbracht wird. Falls sich dies nicht vermeiden lässt, besteht die Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering darauf, dass jedenfalls keine zusätzlichen Immissionen aus der Anlage der SAB Anthering treffen dürfen.

Die Gemeinde Anthering ist umso mehr der Auffassung, dass alle zusätzlichen Emissionen vermieden werden müssen, als die Anlage der SAB gewerbebehördlich nach § 74 ff. Gewerbeordnung genehmigt ist und dass daher keine unzumutbaren Emissionen vorhanden sein dürfen.

Die letzten Monate und Wochen haben für die Bewohner eines beträchtlichen Teils der Gemeinde Anthering zeitweise jedenfalls unzumutbare, zum Teil sogar Ekel erregende Geruchsbelästigungen gebracht.

Die Gemeinde Anthering hat die BürgerInnen immer wieder davon in Kenntnis gesetzt, dass die SAB alle Geruchsbelästigten bittet, unter einer bestimmten Nummer anzurufen, um Zeitpunkt, Ausmaß und Charakter der Geruchsbelästigung festzuhalten, damit der Ursache nachgegangen werden kann.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen die BürgerInnen mitteilen, dass sie sich nicht mehr an die SAB wenden, weil seit einer Reihe von Jahren eine Besserung subjektiv nicht feststellbar ist. Der Druck aus der Bevölkerung auf Bürgermeister und Gemeindevertretung, mit allen legalen Mitteln für Abhilfe zu sorgen, ist spürbar gewachsen.

Eben weil die Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering auf Grund der Darstellung der SAB trotz der bisher aufgetretenen Belästigungen darauf hofft, dass der Abtransport des Restmülls sowie verbrennbarer Teile des Sperrmülls zur Verbrennung nach Oberösterreich die Geruchsemissionen in Siggerwiesen erheblich verringern wird, stimmt die Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering der Verlängerung des Kündigungsverzichts gegenüber der SAB zu und übt damit Solidarität gegenüber den übrigen Mitgliedsgemeinden des Abfallverbandes.

Sie besteht aber darauf, dass auch der Antheringer Bevölkerung gegenüber Solidarität bewiesen wird, indem entweder der Müll aus der Urstein-Au nicht nach Siggerwiesen verbracht wird oder jedenfalls in einem Zustand angeliefert wird, durch den es nicht zu einer Verstärkung der Geruchsbelästigung kommt.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering ist sich bewusst, dass die Annahme des Mülls aus der Urstein-Au in Puch der SAB einen Ertrag bringt, der allen Gemeinden des Abfallverbandes Großraum Salzburg zu Gute kommt. Die SAB wurde aber vom Abfallverband als Unternehmen der Solidarität der Mitgliedsgemeinden gegründet, diese Solidarität muss nun gegenüber den Anrainern, die keine Mehrheitsrechte ausüben können, bewiesen werden.

Zu den bisher bekannt gewordenen Preisentwicklungsaussichten ersucht die Gemeindevertretung der Gemeinde Anthering darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den BürgerInnen einen möglichst günstigen Entsorgungspreis zu ermöglichen. Der in den vorliegenden Unterlagen der SAB angeführte Übernahmetarif von 180,32 € und Preissteigerungen von 5,1 % p.a. erscheinen nach den letzten Medienmeldungen zu hoch.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GV. Lebesmühlbacher stellt fest, dass ein Auflassen der Anlagen der SAB zugleich zur Folge hätte, dass der dort bestehende Recyclinghof aufgelassen würde. Die Umsetzung einer Einzelösung für die Gemeinde Anthering wäre preislich sicherlich nicht sinnvoll, daher ist das Festhalten am Abfallverband Großraum Salzburg sicher die beste Lösung. Es konnte jedenfalls erreicht werden, dass in Siggerwiesen eine Müllverbrennung nicht errichtet wird.

GR. Auer stellt fest, dass die Geruchsbelästigungen aus den Anlagen in Siggerwiesen derzeit sehr extrem sind. Es konnte erreicht werden, dass keine Müllverbrennung in Siggerwiesen errichtet wird. Durch die geringere Deponierung in Siggerwiesen muss auch die Gefahr von Geruchsbelästigungen sicherlich sinken.

Dr. Schneckenleithner erläutert anschließend das geplante Verbrennungsverfahren in Lenzing und dass dadurch ein Rotteprozess auf der Deponie nicht mehr erfolgen wird. Dadurch werden die Geruchsbelästigungen sicherlich wesentlich geringer. Die Verbrennung stellt somit die 3. Stufe der Umweltschutzmaßnahmen nach der Sammlung und Deponierung dar.

GR. Auer stellt die Frage, warum der Müll aus der Ursteinau in Puch wieder deponiert werden soll und nicht gleich der Verbrennung zugeführt wird.

Dr. Schneckenleithner stellt fest, dass die Deponiepreise derzeit sehr günstig sind. Insgesamt belaufen sich die Sanierungsmaßnahmen der Ursteinau derzeit auf ca. S 700 Millionen (€ 50,08 Mio.). Ab dem Jahr 2004 wäre eine Sanierung der alten Deponie in der Ursteinau durch die notwendige Verbrennung gänzlich unfinanzierbar.

Derzeit laufen diesbezüglich die neuen Ausschreibungen, welche Ende Dezember 2002 zur Entscheidung vorliegen sollen. Die Deponierung in der Ursteinau erfolgte seinerzeit durch die Stadtgemeinde Salzburg, welche nunmehr natürlich die neue Anlage der SAB in Siggerwiesen nützen will.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es von landespolitischem Interesse ist, die Ursteinau für Gewerbeansiedelungen zu nutzen.

GV. Frauenlob ist der Meinung, dass man mit der Kündigung des Müllabnahmevertrages bis Ende 2004 zuwarten und diese eventuell später erfolgen könnte.

Dr. Schneckenleithner stellt fest, dass die Preisgestaltung der Müllverbrennung sicherlich Sache des Vertrages und somit der Vertragsdauer sein wird. Er verweist auf die ständigen Entwicklungen bei der Abfallwirtschaft und stellt fest, dass jedenfalls eine Kontinuität der ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung gegeben sein muss.

Das Land Salzburg ist jedenfalls für die Erhaltung des Standortes in Siggerwiesen.

GR. Gschaider stellt fest, dass sich für die Gemeinde Anthering lediglich das Problem der Geruchsbelästigung stellt. Es wäre sicherlich zu prüfen, ob nicht die Abfuhr des gesamten Mülls sinnvoll wäre bzw. ob die zusätzlichen Investitionen in Siggerwiesen sinnvoll sind.

Dr. Schneckenleithner stellt fest, dass durch die Vorsortierung in Siggerwiesen einerseits der Standort gesichert und andererseits die Kosten für die anschließende Verbrennung von Teilfraktionen preislich günstiger ist.

GR. Schörghofer stellt fest, dass das Land Salzburg und die Gemeinde Anthering diesbezüglich sicherlich gegenteiliger Meinung sind. Er stellt fest, dass das Deponievolumen in Siggerwiesen auch begrenzt ist und fürchtet neuerlich eine Erweiterung des Standortes. Er spricht sich jedenfalls für eine Verringerung der bestehenden Anlagen in Siggerwiesen aus und versteht nicht, warum die Verwertung des Klärschlammes des gesamten Landes Salzburg in Siggerwiesen erfolgen soll.

GR. Auer erkundigt sich nach einer allfälligen Alternative der Klärschlammabeseitigung bzw. dass diesbezüglich noch genaue Prüfungen erfolgen müssen.

GV. Schiefer ist der Meinung, dass die Firmenkonstruktionen RHV bzw. SAB für alle klar einsehbar und nachvollziehbar sein sollten, da ansonsten zur gegebenen Thematik nicht abgestimmt werden könnte.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass sich wahrscheinlich keiner so umfangreich mit der Thematik beschäftigt hat als er selbst und verweist auf die große Verantwortung für die Gemeinde. Die jeweiligen Amtsvorgänger haben mit viel Verantwortung gehandelt. Es hatte jedenfalls die Sachpolitik immer Vorrang. Jetzt muss sich die Gemeinde Anthering zum Miteigentum der Anlagen in Siggerwiesen bekennen, das Ziel, dass in Siggerwiesen keine Verbrennung gebaut wird, wurde erreicht. Die zusätzlichen Investitionen in Siggerwiesen dienen sicher auch der Verringerung der Geruchsbelästigungen in Anthering.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass die gesetzliche Basis für die Verbesserung der Umweltanlagen in Siggerwiesen zugunsten der Gemeinde Anthering gesetzt wurde. Die Gemeinde Anthering soll sich nicht in die Außenseitersituation begeben, dies wäre sicher schlecht. Er stellt abschließend den Antrag auf Schluss der Debatte entsprechend der Geschäftsordnung.

GV. Hofer stellt ebenfalls fest, dass die Verhinderung einer Müllverbrennungsanlage in Siggerwiesen für die Bewohner von Anthering sehr wichtig war, zumal im Umkreis von ca. 5 km von Müllverbrennungsanlagen eine erhöhte Krebsgefahr bestehen würde. Nunmehr müssen für die Zukunft die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

GR. Canaval stellt fest, dass eine Verbesserung erst im Lauf des Jahres 2004 festzustellen sein wird. Er ist der Meinung, dass eine derartige Anlage wie in Siggerwiesen keine Geruchsbelästigung bewirken dürfte. Der Abschluss von 15-jährigen Abnahmegarantien sind für ihn wirtschaftlich unüblich.

GR. Schörghofer spricht sich nochmals dafür aus, dass die Anlagen der SAB. in Siggerwiesen jedenfalls kleiner werden sollten.

Der Bürgermeister lässt anschließend zum Antrag auf Schluss der Debatte gemäß Geschäftsordnung abstimmen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung sprechen sich mehrheitlich, bei Gegenstimme des GR. Canaval, für den Schluss der Debatte aus.

Der Bürgermeister stellt anschließend den Antrag, den Kündigungsverzicht zum 31.12.2007 sowie die Resolution an die Mitglieder der Salzburger Landesregierung sowie des Abfallverbandes Großraum Salzburg zu beschließen

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme des GR. Canaval, der GV. Schiefer sowie des GV. Frauenlob, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird beschlossen, dass zu dem zwischen der Gemeinde Anthering und der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH. bestehenden Abfallabnahmevertrag von der im Vertrag vorgesehenen Kündigungsmöglichkeit zum 31.12.2007 kein Gebrauch gemacht wird. Gleichzeitig wird eine Resolution der Gemeindevertretung an die Mitglieder der Salzburger Landesregierung und an die Gemeinden des Abfallverbandes Großraum Salzburg beschlossen.“

Der Bürgermeister stellt fest, dass im Zuge der Behandlung des Tagesordnungspunktes 9) vom GR. Canaval drei Anträge eingebracht wurden.

Erster Antrag:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich eine Gesellschafterversammlung der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH. zu initiieren, um dort selbst einen Beschluss folgenden Inhaltes herbeizuführen:

Die Müllanlieferung aus der Ursteinau in Puch zu den Anlagen der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH. unterbleibt.“

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass der Antrag als erledigt zu betrachten ist, zumal zum Tagesordnungspunkt 9) die bereits verlesene Resolution beschlossen wurde.

Zweiter Antrag:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich eine Gesellschafterversammlung der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH. zu initiieren, um dort selbst einen Beschluss folgenden Inhaltes herbeizuführen:

Die Gesellschaft errichtet keine Klärschlammverbrennung.

Die Geschäftsführung wird neuerlich beauftragt, eine mechanisch-biologische Anlage zu errichten.“

Der Bürgermeister stellt zum eingebrachten Antrag fest, dass hinsichtlich der Klärschlammverwertung noch entsprechende Informationen erfolgen und die Angelegenheit erst zur Beschlussfassung aufzubereiten ist.

Dritter Antrag:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, eine Sonderprüfung im Reinhalteverband Großraum Salzburg und Umgebungsgemeinden mitsamt den damit verbundenen Unternehmungen, insbesondere dem Wasserverband Salzburger Becken und der Salzburger Abfallbeseitigung GmbH., durch einen von diesen Unternehmungen und deren Eigentümern unabhängigen österreichischen Wirtschaftstreuhänder zu veranlassen, um vor der Antheringer Gemeindevertretung eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines jeden einzelnen Unternehmens abzugeben.

Weiters wird die Begründung zum gestellten Antrag vollinhaltlich verlesen.

Der Bürgermeister stellt zu diesem Antrag fest, dass bezüglich der Gewährung der Akteneinsicht von GR. Canaval ein schriftliches Ansuchen mit beiliegender Liste beim Gemeindeamt eingebracht wurde und daraufhin, nach Prüfung durch die Abteilung 11 der Landesregierung, eine schriftliche Antwort an GR. Canaval erging. Die Akteneinsicht wurde entsprechend der Gemeindeordnung gewährt und anschließend aufgrund der teilweisen Versagung der Akteneinsicht eine Aufsichtsbeschwerde an die Abteilung 11 gegen den Bürgermeister eingebracht.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass der Antrag nicht zur Tagesordnung gehört und daher in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu behandeln ist.

GV. Leypold stellt fest, dass die Anträge auch von der „Liste für sparsame Verwaltung“ entsprechend der Gemeindeordnung eingebracht werden sollen und nicht immer während der Sitzung gestellt werden. Somit würde nur die Arbeit in der Gemeindevertretung verzögert bzw. teilweise behindert werden.

GV. Haider spricht sich ebenfalls vehement gegen die Vorgangsweise des GR. Canaval aus, verurteilt seine Vorgangsweise und die Verzögerung der Verhandlungen.

GR. Canaval verteidigt sein Recht entsprechend der Gemeindeordnung, Anträge zu stellen, diese würden jedoch schnell erledigt sein, wenn diese nicht zulässig sind.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt zum dritten Antrag fest, dass dieser seiner Ansicht nach rechtswidrig ist.

Der Bürgermeister spricht sich dafür aus, dass eine entsprechende Aufbereitung für eine Behandlung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen soll.

Bei der folgenden Abstimmung sprechen sich die Mitglieder der Gemeindevertretung, bei Gegenstimme des GR. Canaval, für die Aufbereitung des gestellten Antrages zur Behandlung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung, aus.

Zu Pkt. 10)

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 10) verlässt GV. Herbert Stadler wegen Befangenheit die Sitzung.

Der Bürgermeister berichtet über ein Ansuchen der Ehegatten Johann und Brigitta Stadler, Acharting 2, vom 4.11.2002, bezüglich Erteilung einer Einzelbewilligung gem. § 24/3, Salzburger Raumordnungsgesetz, zur Errichtung eines Gastgartens mit Schank und Salettl, als Anbau zum bestehenden Objekt Acharting 32 (Raggei-Bräu).

Zum gegenständlichen Ansuchen wurde von der Arbeitsgruppe Raumplanung ein Raumordnungsgutachten eingeholt. Zusammenfassend wird in diesem Raumordnungsgutachten festgestellt, dass das gegenständliche Vorhaben in Verbindung mit einer bereits bestehenden Gaststätte beim Raggei-Bräu den Entwicklungszielen für den Ortsteil Acharting entspricht. Die Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind aus den bestehenden Anschlussleitungen gegeben. Aus der Sicht der örtlichen Raumplanung wird das gegenständliche Ansuchen um Einzelbewilligung daher befürwortet.

Die Einreichunterlagen sowie das Raumordnungsgutachten der Arbeitsgruppe Raumplanung vom 16.12.2002 erging in Kopie an die Fraktionen.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Erteilung der Einzelbewilligung laut Ansuchen der Einschreiter zu beschließen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.
Wortmeldungen dazu erfolgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Erteilung der Einzelbewilligung gem. § 24/3, SROG. 1998 zum Anbau eines Gastgartens mit Schank und Salettl, bei der bestehenden Gaststätte im Objekt Acharting 32 (Raggei-Bräu) auf der GP. 2618, KG. Acharting, laut Raumordnungsgutachten der Arbeitsgruppe Raumplanung vom 16.12.2002, GZ. 302 EB 22/02-232, beschlossen.“

Nach Behandlung des Tagesordnungspunktes 10) nimmt GV. Herbert Stadler wieder an der Sitzung teil.

Zu Punkt 11.)

GR. Auer berichtet über die Sitzung des Kulturausschusses am 20.11.2002 zur Erstellung des Veranstaltungskalenders für das erste Halbjahr 2003.

Weiters spricht er die Einladung zum Neujahrskonzert als „Klangmeile“ im Bereich des Dorfplatzes am 1.1.2003, mit Beginn um 17:00 Uhr, aus.

Weitere Berichte aus den Ausschüssen erfolgen nicht.

Zu Punkt 12.)

- Der Bürgermeister berichtet über die schriftliche Anfrage des GR. Canaval um Beantwortung in der heutigen Sitzung, was der Bürgermeister auf die letzten die Einschauberichte der Aufsichtsbehörde geantwortet hat.
Dazu stellt er fest, dass zu den Finanzberichten der Jahre 2000, 2001 sowie 2002 die entsprechenden Berichte in der Sitzung der Gemeindevertretung erfolgten und anschließend kurze schriftliche Antworten an die Abteilung 11 erfolgten.

- Die jeweiligen Antworten werden im Überblick zur Kenntnis gebracht.
- Weiters berichtet der Bürgermeister über eine schriftliche Anfrage des GR. Canaval, womit um Beantwortung in der heutigen Sitzung ersucht wird, wie die Abrechnung des Wasserverbandes Salzburger Becken für 2001 sowie 2002 aussieht. Dazu stellt er fest, dass der Geschäftsbericht für das Jahr 2001 im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufliegt und ein solcher für das Jahr 2002 noch nicht vorliegt.
- Zur Anregung, dass der Bürgermeister eine öffentliche Gemeindeversammlung über die wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich die Gemeindeverwaltung in nächster Zukunft befassen muss, wie Klärschlammverbrennung, Abwasserpumpleitung von Oberndorf sowie über die Müllverbrennung, stellt der Bürgermeister fest, dass die diesbezüglichen Themen teilweise bereits erledigt sind bzw. hinsichtlich der Klärschlammverbrennung entsprechende Informationen folgen und die Aufbereitung zur Behandlung in der nächsten Sitzung notwendig sein wird. Die Abhaltung einer öffentlichen Gemeindeversammlung zu diesen Themen erscheint daher nicht mehr sinnvoll.
- Der Bürgermeister berichtet, dass im Jahr 2003 wieder ein 3-tägiger Betriebsausflug für die Bediensteten und die Mitglieder der Gemeindevertretung organisiert werden soll. Vorschläge sind ein Städteflug nach London bzw. Paris. Als Termin für den Betriebsausflug werden drei Tage im Zeitraum zwischen 1. und 4. Mai 2003 festgelegt.

GR. Auer bedankt sich abschließend im Namen der ÖVP-Fraktion für die gute Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung und wünscht allen Mitgliedern der Gemeindevertretung sowie allen Bediensteten gesegnete Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr.

GV. Lebesmühlbacher schließt sich im Namen der SPÖ-Fraktion den Wünschen an, wünscht ebenfalls allen Mitgliedern der Gemeindevertretung sowie den Bediensteten gesegnete Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr.

GV. Leybold berichtet, dass Herr Günther Nöhmer zum neuen Obmann der SPÖ-Ortsgruppe Anthering gewählt wurde, Heimo Leybold ist zum Stellvertreter gewählt worden.

GR. Gschaider stellt die Frage, ob sich die Fa. ROCO nunmehr endgültig nicht in Anthering ansiedelt.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die Fa. ROCO nach Hallein übersiedeln wird und die Ursache für die Ablehnung der Übersiedlung nach Anthering bei den Grundeigentümern liegt. Seitens der Gemeinde liegt kein Verschulden vor.

GR. Canaval stellt ebenfalls fest, dass entsprechend einer Auskunft der Fa. ROCO die Gemeinde Anthering nicht schuld ist, dass eine Ansiedelung nicht erfolgt. Abschließend bedankt er sich ebenfalls für die Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung und überreicht dem Bürgermeister ein Buchgeschenk für alle Fraktionen.

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend ebenfalls für das gute Miteinander in der Gemeindevertretung zum Wohle der Gemeinde Anthering, insbesondere bedankt er sich für die geleistete Arbeit bei Vizebürgermeister Dr. Hans Draxl sowie bei den Bediensteten der Gemeinde. Er ersucht weiterhin um gegenseitige Achtung unter den Fraktionen in der Gemeindevertretung und schließt mit Weihnachtswünschen.

Da die Tagesordnung erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister um 23:00 Uhr die Sitzung.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die ÖVP:

Für die SPÖ:

Für die FPÖ:

Liste f. spars. Verwaltung:

Ergänzungsblatt:

zum Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung am 19.12.2002

Bei der Protokollgenehmigung am 15.5.2003 wurden folgende Änderungen beschlossen:

Zu Pkt. 2.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Genehmigung des Protokolles vom 19.12.2002 bei der letzten Sitzung der Gemeindevertretung vertagt wurde.

Von GR. Canaval wurde bei der Protokollgenehmigung der Wunsch geäußert, dass bei seiner Wortmeldung zu Pkt. 6.) auf Seite 9 des Protokolles eingefügt werden soll, dass „eine detaillierte Aussage über die Finanzen der Entsorgungsbetriebe in Siggerwiesen“ gemeint war.

Auf Befragen durch den Bürgermeister, ob dieser Wunsch weiterhin besteht, stellt GR. Canaval fest, dass seine Wortmeldung entsprechend der Tonbandaufzeichnung eingefügt werden soll.

Die Wortmeldung des GR. Canaval lautet wie folgt:

GR. Canaval stellt fest, dass der Jahresvoranschlag kontrolliert wurde und er dem Haushalt zustimmen würde, wenn der Vertrag mit der Firma GFB & Partner aufgelöst wird, wenn der Vertrag mit dem Wasserverband Salzburger Becken der tatsächlich bezogenen Menge angepasst würde, wenn das Girokonto nicht mehr als Ersatzkredit benützt würde, was ja in der heutigen Sitzung beschlossen wurde, und wenn man endlich aussagekräftige Informationen über den Unternehmungsverbund in Siggerwiesen erhalten würde.

Die Mitglieder Gemeindevertretung erteilen der beantragten Protokolländerung ihre Zustimmung.

F.d.R.d.A.
Der Schriftführer: